

LUFTWAFFE

Steinhoff: Wir machen mit dieser Bundeswehr pleite ...

... wenn die Spezialisten nicht gehalten werden können

Von unserem Redaktionsmitglied KLAUS MÜLLER

Decimomannu/Sardinien, im November

„Wenn wir nicht bald eine Funktionslaufbahn für Unteroffiziere schaffen, machen wir mit dieser Bundeswehr Pleite.“ Mit diesen ungewöhnlich scharfen Worten umriß der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Johannes Steinhoff, die Personallage der Bundeswehr.

Mit einem Anteil von 34 Prozent an Wehrpflichtigen in den „Starfighter“-Verbänden sei die „zumutbare Grenze überschritten“, sagte Steinhoff vor Journalisten auf dem NATO-Flugplatz Decimomannu auf Sardinien. Die technischen Gruppen müßten heute statt zehn schon 17 Prozent an Wehrpflichtigen einsetzen. Geld allein reiche nicht aus, um den benötigten Spezialisten einen Anreiz zu bieten. Es müßten auch Aufstiegschancen für qualifizierte Unteroffiziere geschaffen werden. Steinhoff verwies auf das Beispiel der französischen Luftwaffe, deren Offizierskorps zu 55 Prozent aus ehemaligen Unteroffizieren bestehe. Dem Bundestag könne der Vorwurf nicht erspart werden, daß er die Möglichkeiten zur Abhilfe verzögere.

Zurzeit sei trotz eines Rückschlages im September und Oktober mit den „Starfightern“ ein Optimum an Sicherheit erreicht. Die Luftwaffe sei in der Flugsicherheit vom letzten Platz vor einigen Jahren auf den zweiten unter den Luftwaffen aufgerückt, die dieses Flugzeugmuster einsetzen. Steinhoff wertete diese Entwicklung als Erfolg der Anstrengungen aller Beteiligten. 15 bis 20 Unfälle auf 100 000 Flugstunden seien in einer mit modernem Gerät ausgerüsteten Luftwaffe unvermeidlich.

Trotz der im wesentlichen stabilisierenden Lage sei die Luftwaffe nicht in der Lage, alle NATO-Verpflichtungen zu erfüllen. „Wir haben kein Flugzeug in Reserve“, begründete Steinhoff die For-

derung nach dem Kauf von weiteren 50 „Starfightern“. Der Bundeswehr würden 1971 etwa 50 Maschinen fehlen, wenn nicht Ersatz beschafft werde. Steinhoff verwies darauf, daß die niederländische Luftwaffe nach den Ereignissen in der CSSR nicht mehr bereit sei, der deutschen Luftwaffe 20 „Starfighter“ zu verkaufen, die ursprünglich als überzählig bezeichnet worden waren.

Steinhoff kündigte an, daß der Schießplatz auf Sardinien ausgebaut werden soll. Die drei Schießplätze auf deutschem Boden seien völlig unzureichend und könnten nur beschränkt benutzt werden. „Der Platz Decimomannu ist eine Lebensfrage für die deutsche Luftwaffe geworden“, sagte Steinhoff.

Bei allem Verständnis für die Betroffenen sah der Luftwaffen-Inspekteur keine Möglichkeit, die Lärmbelastung durch Tiefflüge weiter einzuschränken. Die Luftwaffe habe sich schon strengeren Restriktionen unterworfen als alle anderen NATO-Partner, was Flughöhe und Zahl der Schallmauerdurchbrüche angehe. Allerdings sei nicht geplant, diese Beschränkungen wieder aufzuheben, wie es die NATO mehrmals gefordert habe, sagte Steinhoff. In diesem Zusammenhang forderte der General eine zentralisierte Kontrolle des gesamten Lufttraums. In Bodennähe müßten Kampfflugzeuge „Vorfahrt“ erhalten.

Die umstrittene Beschaffung von 88 RF 4 E „Phantom“ als Allwetter-Aufklärer verteidigte Steinhoff unter ande-



Luftwaffen-Inspekteur Steinhoff
Foto: AP

rem damit, daß die Flugsicherheit dieser Maschine in der US-Luftwaffe um 100 Prozent besser sei als die der „Starfighter“. Außerdem solle man die F 104, die entsprechend den Wünschen der deutschen Luftwaffe seinerzeit modifiziert worden sei, nicht noch weiter umbauen. Im übrigen müsse „selbst ein neutralisiertes Deutschland Aufklärer“ haben.

Zum geplanten Nachfolgemuster für „Starfighter“ und G 91, dem „Neuen Kampfflugzeug“ (NKF) sagte der General, die Entscheidung über die Entwicklung müsse bis Ende dieses Jahres fallen, wenn die Flugzeuge von 1975 an verfügbar sein sollten. Steinhoff hielt an seiner Meinung fest, daß dieses Waffensystem vorwiegend von der deutschen Industrie entwickelt und gebaut werden sollte.

„Das Konzept des NKF ist nicht nur eine Folge strategischer, sondern auch finanzieller Überlegungen.“ Mit diesen Worten wies der General Vorwürfe zurück, die deutsche Luftwaffe habe sich konstruktiven Erfahrungen der deutschen Ingenieure in der Technik des Senkrechtlanfers nicht nutzbar gemacht. „Die Verantwortung eines Luftwaffen-Chefs besteht auch darin, daß er realistisch bleibt, und nur kauft, was man sich leisten kann“, sagte Steinhoff. Bei Einsatz eines Senkrechtlanfers wie die inzwischen eingestellten deutsch-amerikanischen Projekte AVS hätte die Luftwaffe 1975 nur noch Geld für drei Geschwader gehabt.

GEWERKSCHAFTEN

Konkurrenz darf nicht gegen gute Sitten verstoßen

Urteil des Bundesarbeitsgerichts

Von unserem Korrespondenten

KHB, Kassel, 11. November

Das Konkurrenzstreben der Gewerkschaften muß mit dem Grundsatz von Treu und Glauben in Einklang stehen und darf vor allem nicht gegen die guten Sitten verstoßen.

Das hat das Bundesarbeitsgericht in Kassel in einem von der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in Stuttgart gegen die Gewerkschaft der Polizei geführten Musterprozeß am Montag grundsätzlich entschieden. Für die Konkurrenz zwischen den Gewerkschaften gilt nach der höchstgerichtlichen Feststellung allerdings nicht das Gesetz über das Verbot des unlauteren Wettbewerbs in der gewerblichen Wirtschaft. Die im Grundgesetz der Bundesrepublik verankerte Koalitions- und Vereinigungsfreiheit garantiert nach Ansicht des Bundesarbeitsgerichts auch die volle Betätigungsfreiheit der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften dürfen auch untereinander konkurrieren.

Der Präsident des Bundesarbeitsgerichts, Professor Gerhard Müller, sagte dazu abschließend, die Gewerkschaft der Polizei könne jederzeit ihre Mitglieder und die Öffentlichkeit über Tarifabschlüsse unterrichten, aber sachlich und wahrheitsgemäß. (Aktenzeichen: 1 AZR 16/88)

Höcherl wider den „Ritter wider den tierischen Ernst“

Aachen, 11. November (AP/dpa)

Zum neuen „Ritter wider den tierischen Ernst“ ist Bundesernährungsminister Hermann Höcherl (CSU) vom Aachener Karnevalsverein 1859 gewählt worden.

Er wird damit nach dem früheren dänischen Außenminister Per Haekkerup, der den Orden in diesem Jahr erhielt, der 19. Ritter dieses Karnevalsordens. Höcherl hat die Auszeichnung angenommen und wird zur Ordensverleihung auf einer Festsetzung am 1. Februar nach Aachen kommen. Die Patenrede wird dabei Per Haekkerup halten. Als typisch für Höcherls Humor nannte Königstein, daß der Minister ihm bei seinem Besuch in Bonn gesagt habe: „Wer in der heutigen EWG-Landschaft das Amt des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten annimmt, der hat allein dafür eine närrische Auszeichnung verdient.“

Aus der EWG-Praxis zitierte Königstein das Bonmot Höcherls: „Mir kommt der EWG-Käse schon bald aus den Ohren heraus.“



Hermann Höcherl
Foto: Edo König

KOMMUNALPOLITIK

Kann das Friedensdorf noch gerettet werden?

Streit entzündete sich an der Finanzlücke

Von unserem Korrespondenten

tie, Oberhausen, 11. November

Im Rathaus von Oberhausen diskutieren verantwortliche Kommunalpolitiker über einen Antrag, der bislang offiziell noch nicht gestellt wurde. Es geht um die Frage, ob das Friedensdorf Am Brink durch öffentliche Mittel gerettet werden kann.

Denn die Lage ist kritisch. Draußen, vor den Toren der Stadt, warten 30 schwerverletzte Kinder aus Vietnam täglich auf Versorgung und Rehabilitation. Zugleich aber warten Angestellte und Lieferanten auf Geld, das nicht immer flüssig ist.

Dem Gastgeber der kleinen Kriegsoffer, es ist die „Aktion Friedensdorf e.V.“, hat sich der Quell privater Spenden nicht so reichlich erschlossen wie angenommen. Und in der Stadtzentrale weiß ein jeder, daß die Haushaltsordnung der Gemeinde solcherlei Nächstenliebe untersagt.

Oberhausen ist das erste Friedensdorf in der Bundesrepublik. Es ist von Bürgern unterschiedlicher Überzeugung und Konfession „für Kinder im Krieg“ konzipiert worden. Das war zu einer Zeit, als an Rhein und Ruhr die Wirtschaftskrise noch nachwirkte, ein Zeichen also, daß der Bürger im Püt in der Not die Not anderer nicht vergaß.

Vor mehr als einem Jahr starteten sieben Oberhausener — vier von ihnen Pfarrer — mit Mut und Gottvertrauen ihre Aktion. Anlaß war der bewaffnete Konflikt zwischen Ägypten und Israel. Das Komitee von Oberhausen wollte in der Lage sein, kriegsverletzten jungen jüdischen Bürgern eine Welt des Friedens zu bieten.

Doch der Krieg in der Wüste ging zu Ende. Die Initiatoren von Oberhausen wollten die Arbeit „im Interesse der Menschlichkeit“ fortführen. Sie widmeten ihre Tätigkeit fortan dem zweiten Kriegsschauplatz dieser Welt, Vietnam.

Nach und nach kamen 400 000 Mark Spenden zusammen, die Oberhausener Hüttenwerke schenkten ein Grundstück, und Bundeswehr wie britische Rheinarmee schickten Soldaten zum Schippen. Fünf Bungalowsysteme entstanden, für die heute noch Handwerkerrechnungen von etwa 60 000 Mark offen sind. Für das geplante Behandlungszentrum, es ist lebenswichtig, ist noch kein Pfennig gesammelt.

Über die Finanzlücke haben sich führende Vereinsmitglieder zudem politisch gestritten. Pfarrer und Sozialdemokrat Fritz Berghaus beispielsweise, Vorsitzender der Aktion, ist durchaus willens, Spenden von jedermann anzunehmen. Denn er ist es, der Monat für Monat die fälligen Rechnungen zu begleichen hat. Pfarrer Wilhelm Adam hingegen lehnt es ab, Geld von „Leuten zu akzeptieren, die am Krieg verdienen“.

So protestierte Adam während der feierlichen Eröffnung des Friedensdorfes gegen den einstigen FDP-Vorsitzenden Erich Mende, der namens der von

ihm repräsentierten US-Investmentgesellschaft einen Scheck von 2000 Mark überreichte. Nach Ansicht des politischen Protestanten hat die Gesellschaft Anteile an jenem Unternehmen, das die Kriegswaffe Napalm herstellt. Durch Adams Aktion wiederum fühle sich ein Teil der Mitglieder schockiert. Sie wollen nicht mit dem Pfarrer unter einem Vereinsdach leben, und sie wollen die Vertrauensfrage stellen: entweder Adam oder sie.

Doch wie auch immer — Mitgliederverluste würden den Verein an den Rand des Ruins bringen. 2000 Idealspenden aus allen Teilen der Bundesrepublik zahlen monatlich 9000 Mark an Beiträgen. Das ist wenig genug und muß doch der Grundstock für den Lebensunterhalt der betreuten Kinder sein. Insgesamt sind 20 000 Mark erforderlich. Wie das restliche Geld einkommt?

„Durch Spenden“, sagte Geschäftsführer Manfred Przybylski, ein militanter Anhänger der CDU. Manchmal zeigen sich anonyme Zahler recht großzügig. Meistens aber muß die Sammelbüchse herhalten, die immer dann um die hundert Mark entfällt, wenn ein Frauenverein oder eine Kirchengruppe zu Besuch war. Recht bitter meinte Przybylski: „Irgendwie kommt man sich wie ein Zirkusdirektor vor, der dem Volk gegen Eintritt das Grauen zeigt.“

FDP in Oberhausen wartet nicht auf Mende

Eigenbericht der WELT

R. W. Oberhausen, 11. November

Der Kreisverband Oberhausen der FDP hat sein Angebot an den ehemaligen Bundesvorsitzenden der Freien Demokraten, Erich Mende, in Oberhausen für die kommende Bundestagswahl zu kandidieren, zurückgezogen und ihn einstimmig abgewählt.

Der Ortsvorsitzende der FDP Oberhausen, Heinz Barge, der an seiner Stelle einstimmig zum Wahlkreis kandidaten gewählt wurde, erklärte am Montag, sein Ortsverband sei über die Unentschiedenheit Mendes verärgert, da er sich trotz mehrerer Aufforderungen nicht eindeutig entscheiden konnte, ob er die Wahl nun annehmen wolle oder nicht. Mende hatte sich außerdem noch in Iserlohn, Remscheid und Aachen Land um eine Kandidatur bemüht.

Wie Barge sagte, soll der FDP-Landvorsitzende in Nordrhein-Westfalen, Innenminister Willi Weyer, Mende beraten haben, sich im Aachener Raum als Kandidat aufstellen zu lassen.

Geldstrafen für Studenten wegen Hausfriedensbruchs

Von unserem Redaktionsmitglied

ei, Hamburg, 11. November

Wegen Hausfriedensbruchs hat das Hamburger Amtsgericht am Montag vier Studenten und einen Regieassistenten zu Geldstrafen von je 300 Mark verurteilt. Die Angeklagten, von denen drei dem SDS angehören, hatten versucht, das auf dem Gelände der Universität stehende Denkmal des ehemaligen Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, Hermann v. Wissmann, umzustürzen.

Vor dem Untersuchungsrichter hatten sie erklärt, der Denkmalssturz sei eine „symbolische Handlung im Kampf gegen den Kolonialismus“ gewesen. Zur Verhandlung waren die Angeklagten nicht erschienen, weil der Gerichtssaal zu klein sei. Das Gericht hat es als strafmildernd gewertet, daß die Angeklagten als Überzeugungstäter handelten.

NIEDERSACHSEN

Das Gericht zog in einen größeren Saal

In Hannover begann erster Prozeß gegen Oster-Demonstranten

Von unserem Korrespondenten

P. W. Hannover, 11. November

Mit ausführlichen persönlichen Erklärungen der sechs Angeklagten begann am Montag in Hannover vor dem erweiterten Schöffengericht der erste von zwei Prozessen gegen Teilnehmer der Osterdemonstrationen.

In den Fluren und dem Treppenhais des Gerichtsgebäudes protestierten etwa 150 Jugendliche und Mitglieder des Sozialistischen Studentenbundes (SDS) gegen den Prozeß und die „ungenügende Öffentlichkeit“ des Verfahrens. Der Verhandlungssaal faßte nur etwa 50 Zuhörer. Amtsgerichtspräsident Alfred Dürrfeld stellte sich den Diskussionsgruppen und erreichte in Verhandlungen mit dem be-

nachbarten Landgericht, daß der Prozeß nach der Mittagspause in den großen Schwurgerichtssaal des Landgerichts verlegt wurde.

Die sechs Angeklagten weigerten sich, in den Gerichtssaal zu gehen, bevor nicht einige Forderungen der Demonstranten erfüllt seien. Als erstes forderten die etwa 200 Demonstranten die Freilassung eines Mannes, der kurz zuvor festgenommen worden war. Dieser Mann hatte sich mit Gewalt Eintritt ins Gericht verschaffen wollen und dabei einen Polizisten durch einen Tritt in den Unterleib verletzt. Der Polizist mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Der Festgenommene wurde wieder freigelassen.

Es gibt zigtausend Arznei-Spezialitäten. Ein Problem? Für den Apotheker nicht. Der Apotheker findet gut durch. Er hat sein Fach studiert. Er ist ein Mann der Praxis. Jeden Tag geht er mit Arzneimitteln um. Wenn man einmal darüber nachdenkt, dann kann es eigentlich gar nicht anders sein, als daß ein Fachmann für die Heilmittel zuständig ist. Und nicht irgend jemand. Fachmann ist der Apotheker. Seine Erfahrung braucht man.